

Terms and Conditions

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

In seiner Rede hob Millerand ferner hervor, daß die Mobilmachung bis jetzt mehr als den zehnten Teil der Gesamtbevölkerung Frankreichs unter die Waffen gerufen habe, und daß dieser militärischen Mobilmachung eine industrielle für die Bedürfnisse des Heeres gefolgt sei. Die Produktion an Geschossen jedes Kalibers erreiche 600 Prozent derjenigen zu Beginn des Krieges und habe schon 900 Prozent davon betragen. Die schwere Artillerie habe die Anzahl ihrer Batterien seit Beginn des Krieges verdreifacht.

Im Budgetausschuß der Deputiertenkammer erklärte der Minister des Innern am 25. März 1915, daß 2 800 000 Gesuche um staatliche Unterstützung seitens der Familien Mobilisierter eingebracht worden seien, 2 430 000 Gesuchen sei stattgegeben worden. Zur schnelleren Erledigung der Berufungen, die bereits 77 000 betragen, sei die Zahl der Mitglieder des Obergerichtes von 50 auf 100 erhöht worden. Der Unterhalt, die Pflege und die Erziehung der sogenannten Kriegskinder, das heißt derjenigen im okkupierten Gebiet zur Welt gekommenen Kinder, deren Vaterschaft deutschen Soldaten zugeschrieben wird, soll auf Kosten des Staates übernommen werden, damit sie außerhalb ihrer Heimatgemeinde in Unkenntnis ihres Ursprungs aufwachsen können.

In ihrer Sitzung vom 3. April vertagte sich die Kammer auf den 29. April 1915.

* * *

Der Senat hat am 12. März 1915 die von der Deputiertenkammer schon früher angenommenen Gesetze über das Absinthverbot und über die Aufhebung der Naturalisierung von Untertanen feindlicher Staaten in Frankreich, sowie das Gesetz über die Einberufung der Jahressklasse 1916 angenommen (vgl. S. 275). In seiner Sitzung vom 4. April 1915 bewilligte er nach kurzen Erklärungen Millerands auch den Gesetzentwurf über die Aushebung der Jahressklasse 1917 und vertagte sich dann auf den 22. April 1916.

Die innere Politik der Tagung vom 29. April bis Anfang August 1915

Die Deputiertenkammer nahm ihre Arbeiten am 29. April 1915 wieder auf, nachdem beschlossen worden war, auch weiterhin eine oder zwei Sitzungen wöchentlich abzuhalten. Von ihrem Recht, die Session nach fünfmonatiger Dauer am 12. Juni 1915 durch einen besonderen Erlaß für geschlossen zu erklären, wird die Regierung keinen Gebrauch machen.

Unter den gesetzgeberischen Maßnahmen der Kammer sind vor allem die Verhandlungen über das Gesetz Dalbiez gegen die Drückeberger wichtig, das die Entsendung aller Beamten, Arbeiter und Militärpersonen im wehrfähigen Alter an die Front vorschlägt. Die Beratungen begannen am 6. Juni 1915. In der Sitzung vom 10. Juni bekämpfte Kriegsminister Millerand den Gesetzentwurf, der das regelmäßige Funktionieren aller für die Landesverteidigung arbeitenden Betriebe stören würde, da die Mehrzahl der Arbeiter nach Annahme des Gesetzentwurfes Dalbiez wieder mobilisiert werden müßte. Aufmerksam angehört, nur manchmal von Murmeln oder Zwischenrufen unterbrochen, ab und zu aus seinem gewaltigen Beweismaterial etwas vorlesend, suchte Millerand nach den Mitteilungen des Berichterstatters des „Berliner Tageblatts“ darzulegen, daß dieser „Bluff Dalbiez“ eine unkluge und sehr gefährliche Operation wäre und ermahnte, vor allem Deutschland gegenüber, an die Pflicht, welche die „heilige Einigkeit“ gebiete.

Ueber Einzelheiten berichtete Millerand: Er habe schon drei Wochen nach seinem Amtsantritt die Notwendigkeit der industriellen Mobilisation erkannt. Die Fabriken hätten aber weder das Material noch das Personal gehabt. Man habe dies nehmen müssen, wo man es gerade fand, trotz der Gefahr etwaiger Mißbräuche, denn Gile tat not. Durch seine verschiedenen Verfügungen seien über 650 000 Zurückgestellte ins Heer eingereiht worden. Man habe einen Teil der Eisenbahner freigeben müssen, da sonst der Dienst nicht hätte aufrechterhalten werden können. Millerand empfahl schließlich, beim